

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/130

12. Juli 1977

Vor Falschmünzern wird gewarnt

Bemühen um Menschenrechte darf nicht zur Waffe gegen die
Entspannung ungeschmiedet werden

Von Willy Brandt

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Seite 1 und 2 / 57 Zeilen

Von Ketteler, ein politischer Bischof

Zum hundertsten Todestag des Mainzer Arbeiterbischofs
am 13. Juli 1977

Von Georg Leber

Bundesminister der Verteidigung

Seite 3 und 4 / 53 Zeilen

Die USA haben in Europa einen zuverlässigen Partner

Qualität der europäisch-amerikanischen Beziehungen ohne
Beispiel

Von Dr. Klaus von Dohnanyi MdB

Staatsminister beim Bundesminister des Auswärtigen

Seite 5 und 6 / 89 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 406
Presshaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 21 90 26/29
Telex: 05 65 045-45 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Vor Falschmünzern wird gewarnt

Bemühen um Menschenrechte darf nicht zur
Waffe gegen die Entspannung umgeschmiedet werden

Von Willy Brandt

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Für die Bundesrepublik Deutschland ist das gute Verhältnis zu den Vereinigten Staaten eine Konstante der auswärtigen Politik. Dies wird durch die Gespräche zwischen Helmut Schmidt und Jimmy Carter ganz gewiß bestätigt werden. Beide Regierungen wirken im Rahmen des Atlantischen Bündnisses eng zusammen. Gemeinsam tragen sie eine Friedenspolitik, die durch Sicherheit und Entspannung gekennzeichnet ist.

Neue Aufgaben sind hinzugekommen oder haben an Bedeutung gewonnen. Die weltwirtschaftlichen Probleme werden den Amerikanern und uns weiterhin viel Energie und Verständnisbereitschaft abverlangen. Die Verantwortung gegenüber den weltweiten Nord-Süd-Problemen nimmt zu, und es ist nicht einzusehen, weshalb die neuen amerikanischen Initiativen nicht mit den Zielvorstellungen unserer Bundesregierung auf einen Nenner zu bringen sein sollten.

Verschiedentlich ist nun die Vermutung geäußert worden, es gebe sozialdemokratische Vorbehalte gegenüber einer konsequenten und weltweiten Verfechtung der Menschenrechte. Dies ist ein Irrtum oder Schlimmeres. Worum geht es in Wirklichkeit? Wir können es uns nicht leisten, dem Druck derer nachzugeben, die bei uns zuhause hinter einem Wortschwall über Menschenrechte die Politik der Entspannung zurückdrehen wollen und damit menschliche Erleichterungen unmöglich machen würden. Präsident Carter will dies auch nicht, und deshalb hat er ein Recht darauf, vor denen in Schutz genommen zu werden, die seine Bemühungen um die Durchsetzung von Menschenrechten - bei sich zuhause und in der Welt - bewußt verdrehen und zu einer Waffe umschmieden wollen, die genau dieses Bemühen scheitern lassen würde.

Ich halte es für wichtig, daß über die Menschenrechte in ihrer vielfältigen Bedeutung mit großem Ernst und mit leidenschaftlichem Engagement diskutiert wird. Aber zugleich bedarf es unseres ebenso leidenschaftlichen Engagements, durch eine Politik der Entspannung und des wachsenden Vertrauens Repressionen abzubauen zu helfen, unter denen Menschen in Ost und West, Nord

und Süd zu leiden haben. Wer das erste politisch mißbraucht und zum zweiten nicht bereit ist, muß sich den Vorwurf der Falschmünzerei gefallen lassen.

Es muß nachdenklich stimmen, daß ausgerechnet diejenigen, die die Politik der Entspannung von Anfang an durch eine Politik des Alles oder Nichts bekämpften oder behinderten, heute am lautstärksten über Menschenrechte schwadronieren. Wer sich so zwiespältig verhält, muß sich fragen lassen, wann er endlich den Mut hat, Politik im Einklang mit der Wirklichkeit zu betreiben. Vor dem Rückfall in die Position schöner Aussprüche und lauter Demonstrationen ist zu warnen. Die Wirklichkeit besteht auch darin, daß es niemandem gelingen wird, von uns abweichende Regime mit Texten aus der Welt zu schaffen. Wer aber dazu beiträgt, durch Lautstärke Spannungen zu erzeugen, wer Geduld verunglimpft, Rückschläge nicht verkraftet, verhält sich verantwortungslos.

Er behindert, womöglich verhindert, daß sich Ost und West Schritt für Schritt auf ein Konzept der beiderseitigen und ausgewogenen Reduzierung von Truppen und Rüstungen zubewegen. Er kann auch die Hoffnung derer zerstören, die zum Beispiel auf Ausreisegenehmigungen warten. Dies und manches mehr wird von denen aufs Spiel gesetzt, denen das diffizile Geflecht ost-westlicher Entspannung unverstänlich geblieben ist. Aber genau dieses Geflecht verdient es, sorgsam behandelt und nicht zerrissen zu werden. Präsident Carter und Bundeskanzler Schmidt wissen dies. Um ihnen den Spielraum für eine Politik zu erhalten, die den Menschen konkret hilft, sind wir aufgefordert, denen entgegenzutreten, die, unter welcher Firmenschild auch immer, eine Politik der bloßen Proklamation oder großen Sprüche betreiben wollen. Der Bundeskanzler braucht sich bei seinen Besprechungen in Washington nicht durch unverantwortliche und stilllose Querschläger der Opposition zuhause beirren zu lassen. Präsident Carter hat uns an seiner Seite, wo es um Menschenrechte und um den Frieden geht.

(-/12.7.1977/bgy/hgs)

+ + +

Von Ketteler, ein politischer Bischof

Zum hundertsten Todestag des Mainzer Arbeiterbischofs am 13. Juli 1977

Von Georg Leber

Bundesminister der Verteidigung

Vor eineinhalb Jahren hat die "Gemeinsame Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland" einen Beschluß zum Thema Kirche und Arbeiterschaft verfaßt. Über Bischof von Ketteler steht in einem geschichtlichen Vorspann zum zentralen Absatz, der mit den Worten "Ein fortwirkender Skandal" überschrieben ist, folgender Satz: "Die überragende Gestalt ist der Mainzer Bischof W.E. von Ketteler, der als erster und lange Zeit einziger unter den Bischöfen sich zu der Erkenntnis durchrang, daß der Arbeiter des industriellen Zeitalters sich in Kategorien der vorindustriellen Zeit nicht fassen läßt. Mit Recht hat Leo XIII. (Redaktion: Papst, der die erste Sozialenzyklika "Rerum Novarum" erließ) ihn als seinen großen Vorläufer gerühmt."

Was von Ketteler im Interesse der Arbeiterschaft erwartet hatte, führte 1975 Kardinal Höffner in einer Ansprache vor Vertretern aus Politik und Kirche aus: "Auch Bischof Ketteler (1811 - 1877) erklärte, der Arbeiter setze "sein Fleisch und Blut" ein und verarbeite "täglich gleichsam ein Stück seines Lebens"; da sei es billig, ihn zum "Teilhaber" und "Miteigentümer" des Unternehmens zu machen und auf diese Weise das Lohnsystem und die kapitalistische Wirtschaftsweise zu überwinden." Im Weiteren stellt er von Ketteler in unsere Zeit mit der Feststellung: "Die Forderung ist bis heute nicht erfüllt."

Als von Ketteler diese Forderung erhoben hatte, scheute er sich nicht, auf Vorstellungen Lassalles zu "Produktionsgenossenschaften" einzugehen und so dazu beizutragen, daß die Kirche zum Anwalt der Armen und Unterdrückten werden konnte.

Genausowenig scheute sich von Ketteler, dem Staat eine Schlüsselstellung im Arbeiterschutz und in der sozialen Sicherung auszuweisen. Es gehörte

viel Mut dazu, wenn man weiß, wie schlechte Erfahrungen insbesondere die Katholische Kirche mit staatlichen Stellen gemacht hatte und wie verdächtig den Katholiken alles war, was nur den Anschein eines Staatssozialismus erwecken konnte. So wurde ihm vorgeworfen, staatlicher Arbeiterschutz würde den freien Wettbewerb einschränken. Die Zentrumsfraktion war nicht bereit, seinen Antrag in den Reichstag einzubringen, weil er die Geschlossenheit des Katholizismus gesprengt hätte, was wohl nichts anders heißen kann, als daß die katholischen Unternehmer ihre Mitarbeit aufgekündigt hätten. Der Weg zur Sozialdemokratie war von Ketteler zu dessen Bedauern spätestens seit dem Gothaer Parteitag (1875) versperrt worden: Religionsfeindliche Ideologie hatte damals über den sozialreformerischen Flügel gesiegt. Als tiefgläubiger Mensch und Seelsorger wirkte Ketteler trotz der Niederlage - ohne zu resignieren - weiter in der Kirche, weil er wußte, sein Zeichen bedeutet den katholischen Arbeitern etwas, und weil er nicht den persönlichen Erfolg suchte, sondern die Einsicht der Mitbrüder in der Kirche für wichtiger hielt.

Von Ketteler war ein politischer Bischof, aber kein politisierender Bischof. Mit dieser Eigenschaft strahlt er in unserer Zeit, und sein Leben und Wirken sagt uns heute noch viel. Man machte es sich zu leicht, wenn man sich zu seinem Todestag respektvoll nur seiner Leistungen und Verdienste erinnern würde, nicht aber fragte, was er uns noch zu sagen hat.

Die Worte des Papstes über die Verantwortung der Kirche in der Gesellschaft, die Gewissenserforschung der Kirche aus Anlaß der Gemeinsamen Synode und die jüngsten Veranstaltungen zur Erinnerung an Ketteler erlauben die Erwartung, daß alle, die sich eine politisierende, eine zu stark Gruppeninteressen verhaftete Kirche in Deutschland wünschen, enttäuscht werden. Vertreter aller Parteien haben Anlaß, das Verhältnis zur Kirche zu überdenken. Die Vergegenwärtigung des Lebens und Werkes Bischofs von Ketteler wäre ein Einstieg, der dabei hilfreich sein könnte. (-/ 12.7.1977/kr/10)

+ + +

Die USA haben in Europa einen zuverlässigen Partner

Qualität der europäisch-amerikanischen Beziehungen ohne Beispiel

Von Dr. Klaus von Dohnanyi MdB

Staatsminister beim Bundesminister des Auswärtigen

Am 13. und 14. Juli treffen Bundeskanzler Schmidt und Bundesaußenminister Genscher in Washington mit Präsident Carter und Außenminister Vance zu den ersten formellen zweiseitigen Konsultationen seit Amtsantritt des amerikanischen Präsidenten zusammen.

Gipfelgespräche mit der amerikanischen Führung behalten für die europäischen Regierungen ihre besondere Bedeutung. Die Vereinigten Staaten sind die führende freiheitliche Demokratie. Die Sicherheit des Westens wäre ohne das militärische Potential Amerikas sowie die Entschlossenheit des amerikanischen Volkes und seiner Regierung, dieses Potential zur Friedenserhaltung einzusetzen, nicht gewährleistet. Als größte Industrienation geben die USA den Ausschlag bei der Gestaltung des Welthandels; ein erfolgsversprechender Nord-Süd-Dialog ist ohne die aktive amerikanische Mitarbeit nicht möglich. Und für die Bundesrepublik Deutschland haben sich die Vereinigten Staaten gerade bei der Wahrung unserer besonderen, aus der Teilung Deutschlands folgenden Interessen immer als treuer Freund gezeigt. Vor allem Berlin verdankt der klaren Haltung Amerikas - wie der der beiden anderen Schutzmächte Frankreich und Großbritannien - viel bei der Sicherung seiner Freiheit.

Wir sollten dieses Engagement Amerikas für Europa nicht als Selbstverständlichkeit nehmen. Die Regierungen in Washington mußten isolationistische Tendenzen überwinden, um die Herausforderungen der Nachkriegszeit gerade in Europa annehmen zu können. Durch ihre Hilfe haben sie die europäischen Völker in den Stand gesetzt, ihren Leistungswillen erneut zu entfalten und das Vertrauen in sich selbst wieder zu gewinnen. Aus dem zerstörten Europa erwuchs den Vereinigten Staaten als Ergebnis gemeinsamer Anstrengungen ein bedeutender und verlässlicher außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischer Partner. Die Qualität der europäisch-amerikanischen Beziehungen ist ohne Parallele.

Gelegentliche Mißverständnisse und Meinungsverschiedenheiten haben niemals vermocht, dieses Grundkonzept der Atlantischen Partner in Frage zu stellen. Das Atlantische Bündnis ist eine Allianz von Gleichgesinnten, die die öffentliche Diskussion über verschiedene Wege und Methoden nicht scheuen muß: im Bewußtsein gemeinsamer Grundvorstellungen und Ziele sind solche Differenzen ein Zeichen gemeinsamer Stärke. Der Dialog eröffnet immer wieder neue Wege und gibt neue Impulse. Die jüngsten Beschlüsse der Gipfelbegegnung von London sind ein Beispiel für die Kraft dieses selbstverständlichen Zusammenhalts. Das klare Bekenntnis von Präsident Carter zur NATO als Herzstück amerikanischer Außenpolitik und seine deutliche Bestätigung der sicherheitspolitischen Verzahnung Europas und Nordamerikas haben entscheidend dazu beigetragen, daß das Atlantische Bündnis ein neues Selbstbewußtsein erhalten hat. Die deutsch-amerikanischen Gipfelgespräche werden dazu beitragen, daß auch dieses Moment weiter getragen wird.

Gemeinsam mit den Vereinigten Staaten sind wir entschlossen, auf der Grundlage einer gesicherten Verteidigungsfähigkeit unsere realistische Entspannungspolitik weiterzuführen, die vom gesamten Bündnis getragen wird. Wie

jeder, der den Grundwerten der Demokratie verpflichtet ist, begrüßen wir es, daß auch die Verwirklichung der Menschenrechte durch die Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki zu einem Bestandteil im west-östlichen Entspannungsprozeß geworden ist. Es war ja die sozialliberale Bundesregierung, die sich gemeinsam mit ihren europäischen und amerikanischen Freunden für die Schlußakte eingesetzt hat. Niemand kann also ein größeres Interesse als wir daran haben, gerade unter den Bedingungen, die in Europa durch die Spaltung in verschiedene politische Systeme geschaffen wurden, möglichst vielen Menschen zur Erfahrung ihrer elementaren Bürgerrechte zu verhelfen. Allerdings können wir die Freiheit in erster Linie immer nur bei uns selbst sichern. Aber wir können durch Entspannung bewirken, daß sich auf längere Sicht überall mehr Freiheit entfaltet. Hier und heute müssen wir deswegen in geduldiger politischer Arbeit die Entspannung vorantreiben und den Frieden immer wieder konsolidieren. Wir müssen darauf hinwirken, daß wenigstens unsere eigenen Landsleute die Chance erhalten, nach ihrem freien Willen in den deutschen Staat zu kommen, der ihnen ihre Menschenrechte garantiert. Wir werden uns durch diese Chance noch mehr der Unverzichtbarkeit der Menschenrechte bewußt. Hierin wissen wir uns mit den Vereinigten Staaten und ihrem Präsidenten einig. Auf dieser sicheren gemeinsamen Basis können die Probleme, die sich in diesem Bereich stellen, fruchtbar erörtert werden.

Ähnliches gilt für das Thema der friedlichen Nutzung der Kernenergie und Nichtverbreitung. Auch hier wird die freie Diskussion von einer gemeinsamen Zielsetzung ausgehen können: Der Verhinderung der weiteren Verbreitung von Nuklearwaffen bei gleichzeitiger Nutzung der Kernenergie zur Deckung des wachsenden Weltenergiebedarfs. Gegenwärtig wird aufgrund eines Auftrages der jüngsten Londoner Gipfelkonferenz eine vorläufige, gemeinsame Analyse erstellt, um die angemessenste Methode zur Förderung dieses Zieles herauszuarbeiten. Der Gemeinsamkeit des Ziels entspricht bei allen Beteiligten die Bereitschaft zu fairer Zusammenarbeit.

Die deutsch-amerikanischen Gespräche werden sich darüber hinaus vor allem mit den Fragen der Weltwirtschaft und des Nord-Süd-Dialoges befassen. Gleich den vorher genannten Problemen warten hier keine Allheilmittel. Im beharrlichen und geduldigen Gespräch gilt es, immer wieder den Kompromiß zu suchen. Der Kompromiß ist noch nicht von allen Teilen unserer Bevölkerung als notwendiger Bestandteil demokratischer Politik verstanden worden. Gerade unsere amerikanischen Freunde haben im Kompromiß ihre Stärke gefunden: Die Geschichte der Vereinigten Staaten beweist, daß die freiheitliche Demokratie durch ihre Bereitschaft, Konflikte im Kompromisse zu lösen, der Freiheit immer wieder neue Lebenskraft gibt. (-/12.7.1977/kr/gat)